



IG Metall

Verwaltungsstelle Berlin

E-Mail: vst.berlin@igmetall.de

www.igmetall.de/homepages/berlin

Helaba Frankfurt am Main

Konto-Nr. 83015008, BLZ 500 50000

BfG • Bank AG Region Berlin

Konto-Nr. 1592185300, BLZ 10010111

Geschäftszeiten;

Mo, Di und Do 8.30 bis 17.00 Uhr,

Mi bis 16 Uhr, Fr bis 12.30 Uhr,

Mittagspause 12 bis 12.30 Uhr

Briefanschrift:

IG Metall • Verwaltungsstelle Berlin

Alte Jakobstraße 149 • 10969 Berlin-Kreuzberg

BMW AG, Werk Berlin

Werkleitung

Am Juliusturm 14-38

13599 Berlin

Datum	Telefon (030) 2 53 87-(0)	Telefax (030) 2 53 87-(200)	E-Mail
18.02.2003	120/122	2723	klaus.wosilowsky@igmetall.de

Nichtübernahme des Kollegen Anatole Braungart in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Ausländerausschuss unserer Verwaltungsstelle protestiert entschieden gegen die offensichtlich politisch motivierte Nichtübernahme des Kollegen Anatole Braungart und fordert Sie auf, den Kollegen umgehend und unbefristet weiter zu beschäftigen.

Immer mehr unserer Kolleginnen und Kollegen erhalten nur noch befristete Arbeitsverträge. Damit wird die Probezeit faktisch weit über das gesetzliche Maß hinaus verlängert, der Kündigungsschutz ausgehebelt und die erneute Entlassung der Kolleginnen und Kollegen erleichtert.

Wenn sich ein Kollege für die Rechte der befristet Beschäftigten einsetzt, die Übernahme dieser Kolleginnen und Kollegen und die Entfristung ihrer Arbeitsverträge auf Betriebsversammlungen anspricht und damit das Grundrecht auf Meinungs- und Redefreiheit wahrnimmt, kann und darf das nicht zum Anlass für eine Nichtübernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis genommen werden.

Beanstandungen hinsichtlich des Verhaltens sowie der Leistungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit unseres Kollegen Anatole Braungart gibt es nicht.
Vielmehr hat unseres Wissens sein unmittelbarer Vorgesetzter ihn zur Übernahme empfohlen.

Für die Mitglieder unseres Ausländerausschusses ist es unverständlich und unerträglich, dass ein Unternehmen, das nach eigener Aussage viel Wert auf einen partnerschaftlichen und zivilisierten Umgang mit seinen Beschäftigten legt, in diesem Fall in „vordemokratischer Art und Weise“ die praktizierte Meinungs- und Redefreiheit im Betrieb mit dem Entzug der sozialen Existenzgrundlage bestraft.

Die Mitglieder des Ausländerausschusses der IG Metall in Berlin behalten sich vor, diesen in Berlin bisher beispiellosen Fall auch in anderen Betrieben bekannt zu machen.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Entscheidung zur Nichtübernahme unseres Kollegen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nochmals überdenken und entsprechend korrigieren.
Mit freundlichen Grüßen